

Kalte Schulter

Flensburg Keine Schützenhilfe für Harrislee: Eine Mehrheit von CDU, SPD und Grünen in Flensburgs Ratsversammlung setzt in Deponiefrage auf „konsensualen Prozess“.

Rat lässt Harrislee im Regen stehen

Resolution gegen Atommüll-Deponie in Harrislee scheitert / Eigener Antrag von CDU, SPD und Grünen nimmt Harrisleer Position „zur Kenntnis“

FLensburg/HARRISLEE Die grüne Ratsfraktion hat schon ruhigere Nachmittage in der Ratsversammlung verbracht. Letzten Donnerstag musste sie einen Spagat zwischen ihrem Gründungsmythos einerseits und dem politischen Tagesgeschäft als Mitregierungspartei andererseits absolvieren. Und der war schmerzhaft. Am letzten Donnerstag ging es nämlich um ein urgrünes Thema – die Deponierung schwach strahlenden Atommülls in Harrislee.

Die Harrisleer Gemeindevertretung hat diese Diskussion bereits hinter sich. Entsprechenden Überlegungen des grünen Umweltministers Robert Habeck stellte sie ein kategorisches „Nein Danke!“ entgegen. Die Flensburger Fraktionen von WiF und Linke, unterstützt durch den SSW, forderten nun CDU, SPD und Grüne auf, sich auf die Seite Harrislees zu schlagen und eine gemeinsame Resolution zu unterschreiben.

Das klappte nicht. Statt dessen drückten CDU, SPD und Grüne mit ihrer Mehrheit eine Beschlussvorlage durch, die den Harrisleer Beschluss lediglich „zur Kenntnis“ nimmt, ansonsten aber an die Landesregierung, Betreiber von Atommeilern und Deponien „appelliert“, beim Rückbauen, Deponieren und Beschließen unbedingt die Sicherheitsvorschriften einzuhalten. Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister aufgefordert, eine Informationsveranstaltung zum Thema zu organisieren. Das schien den Antrag-

stellern genug. Statt „Panikmache“ wie bei den anderen setze ihr Vorgehen auf Transparenz, Diskussion und einen konsensualen Prozess.

Das fand die Minderheit im Rat ein bisschen dürftig. WiF-Vorsitzende Erika Vollmer war „geschockt“, unter einem so beliebigen Papier die Unterschrift einer grünen Fraktionschefin zu finden. Fraktionskollege Marc Paysen bezichtigte die Befürworter der Naivität: Transparenz und Nachhaltigkeit seien eben nicht die Begriffe, die sich auf die Atomwirtschaft anwenden ließen. Dieses Papier, ätzte er,

.....
„Nicht vor unserer Tür! reicht nicht als Argument. Wir brauchen konsensualen Rückbau.“

.....
Pelle Hansen
Grüne Ratsfraktion

.....
sei in Kiel geschrieben worden. Edgar Möller (SSW) befand, dieses „weichgespülten“ Antrags habe es nicht bedurft. Es sei selbstverständlich, dass Vorschriften eingehalten werden. Möller vermisste Verbindlichkeit und politisches Gespür. Zum Beispiel gegenüber den dänischen Nachbarn, die sich 1985 gegen Atomstrom entschieden hätten. Denen den deutschen Müll vor die Grenze zu kippen – „nein, das geht nicht!“

Überhaupt, die Nachbarn. „Ist das im Sinne der Stadt-Umland-Partnerschaft eigentlich ein gutes Signal?“ fragte Gabi

Ritter. Ihr Fraktionskollege Heinz-Werner Jezewski glaubt: Eher nicht. „Das ist

nicht die Meinung der Mehrheit Flensburgs. Ich schäme mich.“ *Holger Ohlsen*

„Ein Abend der Statements“

HARRISLEE Umweltminister Robert Habeck nimmt die Stellungnahme der Gemeindevertretung Harrislee ernst. Dies ist die Quintessenz, die Bürgermeister Martin Ellermann vom Treffen am Donnerstagabend in Kiel mitgenommen hat. Das Umweltministerium hatte ins Landeshaus zum Austausch mit Kommunen und Bürgerinitiativen über den Sachstand eingeladen.

Ansonsten sei es vor allem ein „Abend der Statements“ gewesen, während der Dialog nicht so recht in Fahrt kommen wollte, resümiert Ellermann. „Für mich ist erstmal wichtig, dass unsere Stellungnahme angekommen ist“, betont er. Die Gemeindevertretung hatte der Vereinbarung zur Deponierung von frei gemessenen Abfällen aus atomaren Anlagen am 14. Juli einstimmig die Zustimmung versagt. Unter anderem begründen die Vertreter dies damit, dass „der ordnungsgemäße und rechtmäßige Umgang mit zu deponierenden Stoffen aus atomaren Anlagen nicht im Aufgabenbereich einer Gemeinde verortet ist“ und man sich zudem keine Beurteilung der Risiken anmaße.

„Grüne Umweltpolitik beim Atomausstieg haben wir uns irgendwie anders vor-

gestellt“, sagte am Donnerstag Jörg Wolff von der Harrisleer Bürgerinitiative baesh, dem wie Umweltverbänden auch eine Redezeit von fünf Minuten eingeräumt wurde. Wolff verwies auf diverse Studien, die nahe legen, „dass die Gefahren radioaktiver Niedrigstrahlung weit unterschätzt werden“ und bezog sich hierbei auf das in Rede stehende 10-Mikrosievert-Konzept. „Wir sind nicht bereit, vermeidbare Gesundheitsrisiken zugunsten der Rückbaufinanzierung auf uns zu nehmen.“

Den Redeanteil des Ministers empfand Bürgermeister Martin Ellermann als relativ gering. Habeck habe jedoch klar gesagt, dass er am Rückbau der AKW festhalte, räumte nach Beobachtung Ellermanns der Entsorgungsvereinbarung kaum noch Chancen ein. Ellermann kann sich derweil der Unterstützung der Nachbarn Handewitt und Apenrade sicher sein. Dänemark, so zitiert er seinen Kollegen Thomas Andresen aus Apenrade, lehne seit Jahrzehnten Atomkraft ab, könne die Bedenken der Nachbarn teilen und unterstütze Harrislee. Den Flensburger Beschluss, die Harrisleer Position nur zur Kenntnis zu nehmen, kommentierte Ellermann nicht: „Ich nehme das zur Kenntnis.“ *wal*